

Überlebter Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Überlebter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierjährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die beschriebene Zeitseite oder deren Raum 35 Pf., Verhandlungs-, Tel.-, Post- u. Wohnungsauslagen 25 Pf., auswärtige Anzeigen 45 Pf. — Länge zu 1 m; in die unter Nummer mitgez. bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15.

Freitag, den 18. Januar 1918.

25. Jahrg.

Friedensbotschaft und Kriegshebe.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat vor einigen Tagen in einer Botschaft an den Kongress mitgeteilt, unter welchen Bedingungen er Frieden zu schließen bereit ist. Die Vereinigten Staaten sind seit dem Auscheiden Russlands die einzige Hoffnung der Entente; nur die Hoffnung auf ihre jungen Millionenheere hält die Kriegsstimmung in England, Frankreich und Italien noch aufrecht. An dem Tage, an dem Wilson zum Frieden bereit wäre, müssten auch Lloyd George, Clemenceau und Orlando mit, ob sie nun wollen oder nicht. Man sollte also meinen, daß die Regierungen und die Presse der Mittelmächte des Friedensprogramms Wilsons einer sehr ernsten und sachlichen Prüfung unterziehen; daß sie von jedem einzelnen der vierzehn Punkte, die Wilson formuliert hat, angeben werden, ob die Mittelmächte ihn annehmbar finden oder nicht. Aber von einer solchen sachlichen Prüfung der amerikanischen Friedensbedingungen war bisher nichts zu bemerken. Wie auf Kommando ist die bürgerliche Presse in Deutschland und Österreich über Wilson hergefallen, hat sie sein Programm, ohne seine Einzelheiten auch nur anzusehen, in Bauch und Bogen verdammt. Und diese Tatsache ist um so auffälliger, als die Presse des neutralen Auslands und vor allem gerade die Zeitungen, die sich bisher von jeder Gehässigkeit gegen die Mittelmächte freigehalten haben, Wilsons Botschaft mit lauter Zustimmung begrüßt haben und sein Friedensprogramm als eine brauchbare Grundlage für Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden ansehen. Es ist darum dringend notwendig, daß sich die deutschen Arbeiter das Friedensprogramm der Vereinigten Staaten genau ansehen. Die Arbeiter müssen wissen, wie das Programm aussieht, das die ganze bürgerliche Presse mit einer Einmütigkeit, die kaum ein Zufall sein kann, für unannehmbar erklärt.

Wilson stellt zunächst folgende Forderungen: Errichtung eines allgemeinen Völkerbundes, der künftige Kriege verhindern und alle Streitigkeiten zwischen den Völkern durch Schiedsgerichte entscheiden soll; Unzulässigkeitheimer Staatsverträge; Abrüstung aller Heere. Diese Forderungen decken sich mit dem Programm einer neuen „Weltorganisation“, das Graf Czernin in seiner Budapester Rede entworfen, dem Bethmann-Hollweg seinerzeit zugestimmt hat. Können sie der Grund sein, warum die Mittelmächte auf der von Wilson vorgeschlagenen Grundlage nicht verhandeln können?

Wilson verlangt weiter: Die Freiheit der Seeschifffahrt für alle Völker und die Gleichheit der Handelsbeziehungen für alle, so daß jeder Wirtschaftskrieg nach dem Kriege vermieden wird. Diese Punkte decken sich mit den Forderungen, die immer wieder von der deutjärischen Reichsregierung gestellt worden sind. Insbesondere ist es von höchstem Werte, daß gerade die Vereinigten Staaten, deren Baumwolle, Weizen und Kupfer die Mittelmächte nach dem Kriege nicht werden entbehren können, die Gleichheit der Handelsbeziehungen für alle Völker vorgeschlagen; ist doch die Drohung, daß man uns nach dem Kriege noch den Bezug dieser Rohstoffe unmöglich machen werde, eine Lieblingswaffe der englischen Imperialisten.

Wilson schlägt die „unparteiische Ordnung aller kolonialen Forderungen“ vor; er wünscht also durchaus nicht, das Deutsche Reich seines Kolonialreiches zu beraubten. Er erkennt der Türkei den „sichereren Genuss ihrer Souveränität“ zu und wünscht nur, daß Armenien, Syrien und Arabern „Sicherheit des Lebens und unbelästigte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung verbürgt werden“ — eine Forderung, die doch sehr verschieden ist von den Wünschen der englischen Imperialisten, die Arabien, Palästina und Mesopotamien annexieren möchten. Auch diese Forderungen enthalten nichts, worüber man nicht reden könnte.

Von Österreich-Ungarn sagt Wilson, daß er seinen „Platz unter den Nationen geschützt und gesichert zu sehen wünscht“, was doch wohl auch der Wunsch der herrschenden Monarchie ist, und daß den Nationen des Reiches „Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden solle“, was bekanntlich auch das Programm der österreichischen Regierung verheißen hat. Vergleicht man aber diese Phrase des Herrn Wilson mit den Plänen, die die Entente vor einem Jahre noch verkündet hat und die ja nicht weniger als die Verstärkung Österreich-Ungarns ankündigten, so wird man begreifen, daß Wilson weniger gar nicht sagen kennte, um nur den Schein zu wahren. Sollen diese Redewendungen ein Grund sein, Friedensverhandlungen abzulehnen?

Wilson fordert dann die Rückgabe der besetzten Gebiete Frankreichs, die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens, Rumäniens und Montenegros als vollkommen selbständige Staaten, die Herstellung eines unabhängigen Polen. Auch gegen diese Forderungen können die Mittelmächte nichts einwenden, wenn sie an ihrer Versicherung, keine gewaltsamen Eroberungen anzustreben, festhalten wollen. Auch Wilsons Forderung, daß Serbien und Polen ein „freier Zugang zum Meer“ gewährt werden sollte, kann un schwer erfüllt werden, ohne daß die Interessen der Mittelmächte da-

durch geschädigt werden: Für Polen durch einen Vertrag über die Weichsel-Schiffahrt, für Serbien zum Beispiel durch die Vereinigung Serbiens mit Montenegro. Kann das der Grund sein, Wilsons Vorschläge abzulehnen?

Unter den vierzehn Punkten Wilsons sind nur zwei, die in Deutschland und Österreich-Ungarn Anstoß erregen können. Der achte Punkt sagt: „Das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 in der elsass-lothringischen Frage geschehen ist, soll wieder gutgemacht werden.“ Der neunte Punkt fügt hinzu: „Die Verächtigung der Grenzen Italiens soll nach klar erkennbaren nationalen Linien vorgenommen werden.“ Nun erinnere man sich, daß auch der Papst den Mittelmächten geraten hat, sich mit ihren Gegnern über diese Fragen „in verschönerem Geiste zu verständigen“, und die Mittelmächte trotzdem die Verhandlungen damals nicht abgelehnt haben. Warum also jetzt dieser Preßfeldzug gegen Wilson? Wirklich deshalb, weil zwei von seinen vierzehn Punkten nicht annehmbar erscheinen? Schließlich ist der erste Vorschlag, mit dem man in Friedensverhandlungen eintritt, noch lange nicht das Letzte, was man in den Verhandlungen endlich zugestellt!

Und in welcher Sprache bringt Wilson seine vierzehn Punkte vor? Er versichert, daß er Deutschlands Größe nicht zu schmälen, seine Entwicklung nicht zu hemmen, sich in

seine inneren Angelegenheiten nicht einzumengen wünsche und den Frieden für möglich halte, wenn nur das Deutsche Reich einen Frieden im Sinne der Reichstagesschlüsselung vom 19. Juli zu schließen bereit sei. So haben die Staatsmänner der Entente, hat Herr Wilson selbst, früher nicht gesprochen! Und was immer der Grund dieser Wendung ist, ist es, wenn man der Frieden will, wirklich klug, diese Kundgebung so glatt abzuweisen? Oder würden die Verantwortler dieses Preßfeldzuges den Frieden nicht?

Bismarck hat einmal gesagt, jedes Land müsse schließlich die Fenster bezahlen, die seine Presse einwirkt. Der Preßfeldzug gegen Wilsons Botschaft kann überall in der Welt den Eindruck erwecken, daß wir zu einem allgemeinen Frieden unter billigen, allen Völkern annehmbaren Bedingungen nicht bereit seien. Das könnte die Kriegsstimmung in den Ententeländern wieder beleben, den Frieden bedenklich in die Ferne rücken. Die Regierungen Deutschlands und Österreichs müßten im Interesse der baldigen Herbstföhrung des Friedens öffentlich erklären, daß sie die vierzehn Punkte Wilsons, ohne natürlich jeden einzelnen von ihnen ohne weiteres anzunehmen, als eine geeignete Grundlage für Friedensverhandlungen betrachten und bereit sind, unverzüglich in Verhandlungen auf dieser Grundlage einzutreten.

Die Zukunft sichert. Der Ministerpräsident bemerkte schließlich: Ich möchte dem aufrichtigen Wunsche Ausdruck geben, daß ich bald in der Lage sein werde, dem Reichsrat noch günstigere Nachrichten mitzuteilen als heute.

Diesen Wunsch teilen alle vernünftigen Menschen Deutschlands und Österreich-Ungarns!

Aristokratie und Demokratie.

Zum Rededuell Kühlmann contra Troxki jagt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Wir bezweifeln nicht, daß sowohl die Bevollmächtigten der Mittelmächte als auch die Delegierten Russlands mit bestem Willen nach Brest gekommen sind. Beide Teile wollen den Frieden, denn beide Teile brauchen ihn. Trotzdem können sie sich nicht verständigen. Warum? Vielleicht können wir die Frage beantworten, wenn wir uns die Unterhändler etwas näher ansehen. Troxki und seine Kollegen sind revolutionäre Sozialdemokraten. Sie vertreten die breite, durch die Ereignisse der Revolution aufgewühlte Masse der Arbeiter und Bauern Russlands. Sie sind erfüllt von den Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus. Auf der anderen Seite sitzen Männer ganz anderer Schlages. Herr n. Kühlmann und Graf Czernin sind hervorgegangen aus dem deutschen und dem österreichischen Adel. Dank ihrer Erziehung, der Umgebung, in der sie leben, den Ansichten, die sie hegen, können sie als typische Vertreter der alten herrschergewohnten Herrenklasse angesehen werden, die Deutschland und Österreich regiert. Sie sind unzweifelhaft Anhänger der konservativen, autoritären Staatsauffassung, die in der Demokratie nur eine Gefahr und im Sozialismus nur eine verführter Utopie sieht. So ist am Beratungstisch in Brest eine sonderbare Gesellschaft zusammengekommen: russische Demokraten und deutsche Aristokraten sollen sich dort einigen! Und sie können nicht etwa deshalb nicht zur Einigung kommen, weil die einen Russen, die anderen Deutsche sind; sondern deshalb, weil die einen demokratischen Sozialisten und die anderen aristokratische Diplomaten sind. Das läßt sich an den Streitgegenständen der letzten Tage sehr leicht erweisen.

Der bayerische Sonderdelegierte.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die bevorstehende Entsendung des bayerischen Staatsministers a. D. Grafen v. Bodenbils nach Brest-Litowsk liegt, wie wir hören, einer Vereinbarung zugrunde, die im Anschluß an die Beratungen Uebereinkunft vom 23. November 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von preußischer Seite am 14. Februar 1871 ratifiziert worden ist. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach dem Bundeskrieg geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter des Königs von Bayern zugezogen werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligt und durch das Bundeskanzleramt, also durch den deutschen Reichskanzler, Instruktion erhält.

Die Kriegslage.

Heeresbericht.

Berlin, 17. Januar, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegshaupträgen nichts Neues.

Wien, 17. Januar. (Amtlich.)

Zwischen Preußen und dem Monti Petrica beiderseitige dem Gegner keine Feindseligkeit nach den erfolglosen, verlustreichen Angriffen des Vorabes auf heftige Feuerüberfälle. In den Nächten am 16. und 17. Januar wurden 12 Offiziere und über 300 Mann gefangen eingebracht.

Frankreich und Belgien.

Die "Gründe" der Belagerung Cailloux.

Nach italienischen Blättern soll unter den in Florenz beauftragten Papieren, die Cailloux und seiner Frau gehörten, ein in allen Einzelheiten ausgearbeiteter Staatsplan ausgefunden worden sein. In diesem Plan soll die sofortige Auflösung der Komitee und die Einsetzung eines Direktoriums vorgesehen sein, mit Cailloux und General Gouraud an der Spitze. Dieses Direktorium wird weiter beauftragt, sollte die Komödie einer scheinbar großen Offensive gegen Deutschland intensivieren, woran Deutschland seinerseits gewisse Zugeständnisse machen würde. Die Folge wäre eine Lösung Frankreichs von England und mit Italien zusammen die Bildung eines „lateinischen Blocks“, der sich unmittelbar mit den Mittelmächten verständigen würde. Das „Gloria d'Italia“ erachtet seinerseits, daß die Kasse auch Briefe verschiedener französischer Journalisten, wie Almendras, enthielt, dessen „Bonnet Rouge“, wie aus Briefen hervorgeht, mehrmals Feld von Cailloux erhielt. Cailloux habe insbesondere Almendras belästigt, gegen England hart untersucht. Die beauftragten Schriftsteller sollen ferner Beweise für die beschuldigte Belagerung Poitoucares und semitischer Staatsleiter der letzten Jahre, einschließlich Briand, enthalten. Nach Paris sollen unerlässliche französische Regimenter als Cailloux' Leibgarde kommen. Auch eine Umwandlung des diplomatischen Korps wäre geplant gewesen, wobei nach Rom als Botschafter der frühere Unterstaatsminister Lenguet hätte geben sollen.

Im Biedermeier mit diesen rheinischen Meutungen steht eine Nachricht französischer Blätter, wonach die Verhaftung Cailloux durch eine Depeche Parisis veranlaßt worden sei. Clemenceau kündigt an, daß diese Depeche veröffentlicht werden soll. Das von Pariss veranlaßte französische Regierung übermittelte Schriftstück enthält angeblich Statte aus einem Depeschenwechsel zwischen Berlin und Bismarck während des Aufenthalts Cailloux' in Nord- und Südamerika.

Die linksseitigen Organe, voran „Humanité“, wollen auch jetzt noch nicht an erste Verdächtigungen Cailloux' glauben. Sie betonen hervor, daß Clemenceau gleich allen derzeit lebenden Vertretern der Republik ein um so schärferes Interesse an Cailloux' Gewalttätigkeit Ausübung aus dem öffentlichen Leben Frankreichs hätten, als Cailloux, wie der Anhalt des Florentiner Senatoren beweist, die wichtigste Afferenz angekündigt habe, die bei einer großen Weltkampagne entsprechende Vermerkung finden sollten. Sonders interessant sei das gegen Poitoucares und Clemenceau vorhandene Material. Nur bleibt abzuwarten, ob die Regierung der Orientierung Gelegenheit geben werde, ohne das und Guss alles kennen zu lernen, um über Cailloux ein abschließendes Urteil zu ermöglichen.

Clemenceau, der in die Angelegenheit Cailloux verwickelt ist, am Dienstag abend im Zimmer des Polizeipräfekten, wo ihm erzählen werden war, um Frechläude zu geben, verabschiedete sich.

Rugland.

Ein offener Brief Seines.

Die „Gazette Action“ bringt in Nr. 31 einen offenen Brief Seines an Hermann Göring, den Herausgeber der „Freien Zeitung“. Wir entnehmen der bedeutenden Auskunft des Maximilienführers folgende Sätze:

In einem offenen Brief des „Gazette Journals“ vom 16. Dezember wollen Sie Widerfrage finden zwischen dem Einfluß der Komitee des russischen Volkes an die Arbeitsschulen der französischen Staaten und ihren Verhandlungen mit den deutschen und österreichischen Regierungen über Militärbeschaffungen erläutern müssen Sie: „Wir betrachten die Volker als“ damit, daß es bedeute, wir müssen jede Nation abneben, von Seiten nicht durch das Volk ermordet oder ermordender Kriegsgeist, Krieger und Diplomaten. Sie belehnen mich, es ist nicht das deutsche Volk, sondern jetzt Krieger, der über Krieg und Frieden entscheidet, das deutsche Volk sieht ja in lokalen Dingen sonst mit. Das alles wurde ich Ihnen. Sie sagten mir, daß dies in jüngster französischer Geschichte eben ist. Es kommt wenig darauf an, ob seder ein Exemplar vor Ihnen, pariserstaatlicher Kontrolle ist, gibt oder nicht. Und Sie, der ich ausstehen will, sagten, daß in England, dem Wettlauf aller Parteien, die Zukunft des Landes in Unabhängigkeit von einem Deutschen verantwortlicher Personen gelenkt werden. Das ist natürliches Regimeum hat benötigt das Vergang der Orientierung. Die Krieger entwirken wird, weil Ihre Regierungen, monarchisch oder kommunistisch, je nicht so sehr können lassen. Wir sollten daher Gott retten, welches der Krieger nebstigzeitigzeitig bei Sollte rot, wenn die anderen Volker nur noch ziemlich eingeschlossen werden, bestätigt uns uns Solidaritätsgefühl? Wenn wir die Zukunft ins Angel. Wir brauchen sie oben den Krieger. Wir haben alle Welt eingeladen, ist zu kleinen. Aber Regierungen geben damit ein. Glauben Sie, daß das gegen den Rest ihrer Völker ist? Ich kann die anderen Regierungen nicht hören hören, was ihnen mit dabei ist? Sie entfernen, ihre Völker zu lassen aber zur Zeitung ihrer eigenen Gefährte eingehen? Das haben wir ja bereits geben... Was den Krieg angeht, die britischen Herrscher, die sozialdemokratische Eliten...“

Sie hatten Sie, in Frankreich, um Geschäftsführer: denen heißt's, daß's Freiheit gegen Freiheit, Freiheit der großen Freiheit. Wir haben gesagt und geben uns jetzt. Und andere werden es machen wie wir, ebenfalls einer nach dem anderen: Krieger, Kriegsgeist, der kann? ...“

Ein zweites Ultimatum an Rumänien.

(Forts. der Petersburger Telegramm-Agents.) Der Komitee der 12. Dezember steht uns mit, daß die rumänischen Soldaten Friedenskrieger gegen russische Soldaten unterrichtet haben und eine Schiedsgerichtsvereinigung verhinderten. Das 18. Regiment der 12. Dezember wurde der russischen Streitkräfte ausgetilgt und entwaffnet und aus der Besitzung des 18. Regiments und die österreichischen Offiziere, die zur Zeit der russischen Schmiede waren, wurden verhaftet. Der Rat der Volksversammlung verlangt die Freilassung der verhafteten Offiziere und Beendigung der militärischen Schäden, die die Belagerung verursachen haben, und forderte dazu, daß ein deutscher Befehl nicht wiederholen. Falls eine Frist von innerhalb 24 Stunden nicht erfüllt wird, wird unsere Regierung die russische Front befehligen werden, um wie weiter die russischen militärischen Maßnahmen einzufordern.

(Forts.): Berlin, Oberbefehlshaber Russlands, Königlich Preußischer Minister.

Zurückhaltung des russischen Komitees in Petersburg. Ein zweites Ultimatum der Petersburger Telegramm-Agenten fordert die Rückhaltung des russischen Komitees. Der Komitee in der Nacht vom 11. auf den 12. Januar ist eine wichtige strategische Entscheidungswahl gegen die russischen Feinde. Das russische Kabinett kann sich auf den Befehl der russischen und russischen Truppen zu befehlen und die russischen Truppen zur Freilassung der russischen

Frist des amerikanischen Befehlshabers hin, daß er in seinem Namen der rumänischen Regierung eine Erklärung gegen die Gewaltmaßregeln der Rumänen gegenüber russischen Soldaten geben werde. Um 3 Uhr früh wurde der Befehl erteilt, Diamanti freizulassen.

Auch Turkestan selbstständig.

Das ukrainische Informationsbureau in Stockholm teilt mit: Der Rat der Action in Kiew erhielt die Nachricht, daß ein außerordentlicher Kongreß der Ukraine in Turkestan in Übereinstimmung mit der mehrere Millionen zählenden Bevölkerung Turkestan bestätigt des Selbstbehauptungsrechts gemäß den Grundsätzen der großen russischen Revolution am 23. 12. 1917 das Gebiet von Turkestan als selbständige Republik im Bündnis mit einer föderativen russischen Republik erklärte. Einweilen wurde ein Nationalrat gewählt, in dem ein Drittel der Sitze der nichtmuslimischen Bevölkerung Turkestan zuvertraut wurde. Der Beginn der Sitzung des Nationalrates wurde auf den 1. Februar festgesetzt. Der Kongreß möchte auch die provisorische Regierung Turkestan. Die konstituierende Versammlung, die demnächst einberufen wird, soll die endgültige Form der Autonomie bestimmen.

England.

Die Independent Labourparty in Irland.

„The Times“ gibt ohne Datumsangabe folgendes Telegramm der Independent Labourparty in Irland wieder: Nachdem Lord George und Wilson ebenso wie die Vertreter der Zentralmächte Sirs Horner und Munro keine Antworten und keine Indemnitäten annehmen, und wir glauben, daß die Annahme dieses Grundbuchs im einzelnen lediglich in einer vollen Konferenz möglich ist, drängen wir unsere Regierung, unverzüglich an den Verhandlungen für den allgemeinen Frieden teilzunehmen. Wir sind von Herzen mit Euch im Eurem großartigen Eintritt für den Internationalismus.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die deutischen Truppen in vorliegender Ostfront.

Eigene Blätter melden aus Silizien: Eine offizielle Note über die Lage in vorliegender Ostfront gibt bekannt, daß die deutsche Kompanie des Gebiet von Matrida besetzt und sehr starke Stellungen mit Artilleriebewaffnungen anlegten. Man erwartet von ihnen einen Kampf mit Alliierten in den nächsten Tagen. Die vorliegenden Truppen, die bei Oujuso eine Stellung ergriffen, befinden sich mit englisch-vorliegenden Abteilungen in Urtanga. Der Palen von Sarra wurde von den Deutschen angegriffen, die bei Foz Moura lagen. Engländer und deutsche Truppen errichteten in Karlsruhe ein Lager und schlugen eine Brücke über den Urtanga. Der Gouverneur von Galizien weiß, daß die Deutschen verschiedene Punkte dieser Frontlinie besetzen.

Armenischer Militärkonsul.

Der New York Herald weist aus Neapel: Bei den Berührungen im Repräsentantenhaus über die Kriegsziele des Kriegsministers und Amerika zum „allgemeinen Schutz der kleinen europäischen Nationen“ auch nach dem Kriege ein „das politische Gleisgesicht verbindendes“ Ende des Heeres herabsetzen werden. Deutschland darf nicht wieder die offizielle militärische Oberherrschaft der Welt befreien. Reuter berichtet: Am Ende des Kriegsdepartements drohte Schomburgk, der Vorsitzende des Militärausschusses des Senats, ein Gesetz im Senat ein um militärische Regulierung aller männlichen Personen, die seit dem 5. Juni 1917 bis 21. Februar zurück haben. Die Maßnahme ist bestimmt, die Veränderungen des Ober-Marschalls General Grunder zur Ausführung zu bringen: So lange der Krieg dauert, jährlich 700 000 Mann in die Armee einzuziehen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Geld abgesagt.

Der Chef des Zivilkabinetts v. Bredow, der im nächsten Minister die leidende Schule Österreichs, hat nun selbst ein Schreiben geschrieben. Sein Entschiedenheit ist genehmigt und er steht bereit, die bisherige Oberhauptkeit der Öppenzen, v. Berg, zu treten.

Den Herrn v. Bredow wird niemand eine Träne nachreichen.

Und den preußischen Abgeordnetenbank.

Im Abgeordnetenkabinete brachte am Mittwoch zunächst der Finanzminister den Entwurf ein. Dr. Marenbrächer und überzeugender brachte die Erörterung nicht mehr, und das Reichstag und dann zur vornehmsten ist: Das Haus steht den Kommunalwahlen mit einem Wahlberechtigungsantrag des 3. Januar an, nachdem Frauen mit Wahlberechtigungen Stimme in eine Reihe von höheren Deputationsgewählten bekommen. Die Regierung steht, die über dieses Recht gesetzlich gewohnt ist, und mit der Regierung am Dienstag einzuholen, zusammen mit der Kasse der Gemeindewahlberechtigungen kommen.

Zum Ende des Monats bereitete das Haus die am Dienstag eingetragene Debatte über die Beziehung von Frauen zu Deputierten und das Kommunalrecht. Überzeugender brachte die Erörterung nicht mehr, und das Reichstag und dann zur vornehmsten ist: Das Haus steht den Kommunalwahlen mit einem Wahlberechtigungsantrag des 3. Januar an, nachdem Frauen mit Wahlberechtigungen Stimme in eine Reihe von höheren Deputationsgewählten bekommen. Die Regierung steht, die über dieses Recht gesetzlich gewohnt ist, und mit der Regierung am Dienstag einzuholen, zusammen mit der Kasse der Gemeindewahlberechtigungen kommen.

Eine aufdringende Verfügung des Oberbefehlshabers in den Niederlanden.

Die „Nieuwe Holland“ (Amsterdam) veröffentlicht eine Verfügung des Oberbefehlshabers in den Niederlanden, in der dem Befehlshabern des Landes der Kriegsminister und ehemaligen Kriegsminister Carl Ritter jede weitere Tätigkeit für diesen Land auf Land des Belagerungsgebiets verbieten will. Ritter hatte in einer Verhandlung an die Kriegsminister die Zustimmung erzielt, die Krieger der Kriegsminister abzulegen. Diese Zustimmung der zahlreiche Krieger des Zweiten Weltkriegs folgt geäußert haben, sei gezeigt, die im Hause und Land noch geschätzte Kriegsminister verhindern zu wollen. Das Verhalten bestätigt, daß Ritter die Justiz-Politik des Landes nicht gemacht.

Im nächsten Paragraphen wird noch der Kriegsminister und der Landespolizeichef nach vorne zu legen sein.

Die Herrenhäuser und Brest-Litowsk.

Dem Herrenhaus ging folgender Antrag Graf v. Behrenhoff, Graf v. Kahrnkirch-Neustadt, Dr. Graf Hoyt v. Wartenburg zu: Das Herrenhaus wolle beschließen: Das Herrenhaus spricht die Zuversicht aus, daß die Königliche Regierung auf einen Frieden hinwirken wird, bei dessen Abschluß dem Deutschen Kaiser die im Artikel 11 der Reichsverfassung vorbehaltene Rechte voll gewährt werden. Dieser Frieden muß den gebrochenen Opfern und Bedürfnissen militärischer Sicherung und den wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden. In einer dem Antrag beigegebenen Begründung heißt es: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika warf die Frage auf, in wessen Namen die deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk ihre Erklärungen abgeben, ob im Namen der Reichstagsmehrheit oder im Namen der Militärpartei. Dem gegenüber ist zu betonen, daß das ausschließlich Recht, Krieg zu führen, und Frieden zu schließen, verfassungsmäßig dem neutralen Kaiser zusteht. Dabei können lediglich deutsche Interessen maßgebend sein.

Ohne Frage werden die Herrenhäuser diesem Antrage zustimmen und damit wieder einmal den Beweis erbringen, daß sie, im Gegensatz zu ihren Kollegen in England, aus der sichtbaren Kriegszeit nichts, aber auch absolut gar nichts gelernt haben.

Nach einer heute morgen vorliegenden Meldung haben die Antragsteller ihren Antrag vorläufig zurückgestellt. Sicherlich nicht aus eigener Initiative!

Gegen Bülow.

In einer Besprechung der Vorgänge in Deutschland beschäftigte sich das Wiener „Fremdenblatt“ mit Berliner Gerüchten, daß der frühere Reichskanzler v. Bülow lebhaft am Werke sei, dem Staatssekretär v. Kühlmann schwierigkeiten zu bereiten in der Absicht, sich selbst an seine Stelle zu setzen, und sagt: Soweit dies eine interne Angelegenheit Deutschlands ist, steht uns kein Recht zu, uns darüber zu äußern; dies ist aber eine ausschließlich deutsche Angelegenheit, denn die beiden Monarchien sind miteinander verbunden wie die siamesischen Zwillinge, und der erste Friedensunterhändler Deutschlands hat auch die allergrößte Bedeutung für Österreich-Ungarn, und da muß es von Grund heraus klar gesagt werden, daß in Österreich-Ungarn auch nicht der leichte Zweifel darüber besteht, daß wir zwischen Kühlmann und Bülow keinen Vergleich ziehen können. v. Kühlmann genießt das volle, uneingeschränkte Vertrauen nicht nur der österreichisch-ungarischen Regierung, sondern auch der böhmischen Österreich-Ungarns, die es ihm hoch anrechnen, daß er mit ebenso viel Fähigkeit wie Geschicklichkeit, gelebt durch die Majorität des deutschen Reichstages, seinen Kurs auf einen baldigen ehrenvollen Frieden eifrig einhält. Bülow genießt dieses Vertrauen nicht. Wir wollen keine alten Wunden aufräumen und nicht in ihnen wühlen, wir wollen nicht an die Zeiten erinnern, da der heftige diplomatische Kampf mit Italien der Kriegserklärung dieses treulosen ehemaligen Verbündeten voranging. Aber vergessen hat die damalige Phase niemand in Österreich-Ungarn, und in allen Kreisen der Monarchie besteht das Gefühl, daß Bülow damals durch das Ansiedeln österreichisch-ungarischen Gebietes an die italienische Regierung kein treuer Servant war. Wenn also heute von der oder jener Stelle im Deutschen Reich gesagt und verbreitet wird, Bülow würde auch bei den Verbündeten ein misskömmlicher Friedensunterhändler Deutschlands sein, so muß dieser Versuch mit Bedauern, aber mit Nachdruck entschieden gegengetreten werden. Bülow mag auf triftige Gründe hinweisen, die ihn für dieses verantwortliche Amt empfehlen, den Wunsch der Wiener Kreise muß er aus seinem Kalkül streichen.

Wir wissen nicht, ob Bülow wieder als eventueller Nachfolger für Herzog oder Kühlmann überhaupt ernstlich in Frage kommt. Sollte das wirklich der Fall sein, sollten wirklich zur Abwechslung wieder einige Abstötungen in Deutschland erfolgen, dann müssen wir allerdings auch sagen: Auf keinen Fall kann Bülow für einen Posten als leitender Staatsmann wieder in Frage kommen.

Stichwahltermin Banzen-Kamenz.

Die Stichwahl im 3. Höchstädtischen Reichstagswahlkreis Banzen-Kamenz ist auf den 25. Januar festgesetzt.

Für den Verständigungsfrieden.

Nach der mißglückten Kundgebung der Vaterlandspartei in Jena hat nun die Jenenser Sozialdemokratie die bereits angekündigte Gegenkundgebung veranstaltet. Waren zu der Versammlung der Vaterlandspartei etwa 3000 Personen erschienen, von denen über 2000 Gegner des Alldeutschtums waren, so strömte diesmal wohl die doppelte Menschenmenge zusammen, von der die Hälfte keinen Platz mehr fand, nachdem schon lange vor Versammlungsbeginn der Riesenbau des Jenenser Volkshauses bis auf den letzten Platz gefüllt war. Aber diese Menge war von einer heftlichen Gesinnung erfüllt, sie trat restlos für den Verständigungsfrieden ein. Die Führer der Vaterlandspartei waren zu der Versammlung geladen worden, hatten sich aber mit Ausnahme des Dr. Marenbrächer unter nichtigen Vorwänden gedrückt. Während auf der vorangegangenen Versammlung der Vaterlandspartei den Führern der Sozialdemokratie jedes Wort, auch eine kurze Bemerkung zur Geschäftsordnung weitweg erwidert worden war, konnte Marenbrächer ½ Stunden lang ungehört reden. Dabei hatte er noch nicht einmal 50 Anhänger im Saale. Obwohl Marenbrächer sich auf den Sozialisten u. d. herausspielte und mit Lassalle und materialistischer Geschichtsauffassung um sich warf, wurden seine Ausführungen von der ganzen Versammlung mit Ausnahme eines kleinen Haufleins alldemtischer Anhänger abgelehnt. Vor ihm hatte Rudolf Rudolf in einem ausführlichen Referat unter mißildem Beifall für den Verständigungsfrieden gesprochen. Die Polizeistunde bereitete der Versammlung ein vorzeitiges Ende. Mit über 2000 gegen ganze 3 Stimmen wurde eine Entschließung für den Verständigungsfrieden angenommen.

Schweden.

Die schwedische Thronrede. Der schwedische Reichstag wurde mit einer Thronrede eröffnet, in der nach einer Melbung des „Telegrammkanal“ ausgeführt wird: Die durch den Krieg verlachte Verminderung der Weiterzüchtigung und besonders die gegenseitigen Absperrmaßnahmen, die von einem und dem anderen Kriegsführer getroffen wurden, erforderte unzureichende Einfuhr und den Handel mit dem Ausland außerordentlich. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Gewisse beschränkte Handelsabkommen sind geschlossen und geschäftliche Beziehungen eingegangen worden, um den schwedischen Wiederaufbau unter Bedingungen, die sich mit unserer Unabhän-

gigkeit und Neutralität vereinbaren lassen, wieder zu ermöglichen. Jedoch müssen wir in erster Linie auf unsere eigenen Hilfsquellen rechnen. Die Thronrede hebt dann hervor, daß die schwedische Versorgung im laufenden Jahre sehr schwach sei und wendet sich an das gesamte Volk mit der feierlichen Ermahnung, die Organe des Staates in ihrer Amtsführung für die gerechte Verteilung und gegen die unerlaubte Vereicherung an Lebensmitteln zu unterstützen. Die Rede kündet die Absicht an, infolge der wachsenden Preisesteigerung eine Aufbesserung der Lebensbedingungen der Minderbemittelten einzutreten zu lassen usw. Es wird ein Gesetzentwurf vorgelegt werden über das politische Wahlrecht für Frauen, ferner über das gleiche Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten für alle, die Gemeindesteuern zahlen. Nach der Aufzählung einiger in Ausmaß genommener Reformen der Gesetzgebung erwähnt die Thronrede Maßnahmen zur Begünstigung der Kolonisation Nordafrikas, zur Ausdehnung der staatlichen Eisenbahn, des Telephonnetzes und zur Ausbeutung der dem Staat gehörenden Wasserfälle. Der Haushaltplan ist teilweise nach neuen Grundzügen aufgestellt. Alle durch den Krieg notwendigen Ausgaben sind gedeckt durch die Staatsentnahmen, die entweder in Mittschlag gesetzt wurden oder bereits eingingen. Eine Erhöhung auf Einkommen und Vermögen wird für das nächste Jahr notwendig werden, aber gewisse mindrige Einkommen werden davon ausgenommen werden.

Keine Herabsetzung des Kartoffelpreises für 1918.

Vom Kriegsernährungsamt wird mitgeteilt:

Im parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamtes ist es möglich im Anschluß an die bekannten Vorschläge des Gesetzesv. Schwerin-Löwitz und an die Verhandlungen im Haushaltsschluß des preußischen Abgeordnetenhauses die Frage der Förderung des Kartoffelanbaus im Jahre 1918 behandelt worden. Es bestand darüber Einverständnis, daß der Kartoffelanbau im kommenden Wirtschaftsjahr noch Möglichkeit gegeben werden müsse und daß es zu diesem Zweck dringend erwünscht sei, den Landwirten schon jetzt darüber Gewißheit zu verschaffen, daß sie mit einem den Mühen und Kosten des Anbaues entsprechenden Preise rechnen können. Nach längeren Erörterungen sprach sich der Beirat in seiner überwiegenden Mehrheit unter Zustimmung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes dahin aus, daß im Interesse der Förderung des Kartoffelanbaus eine Herabsetzung des Preises für Kartoffeln gegenüber dem Preise für 1917 nicht angängig sei. Der Kartoffelpreis wird sich daher auch im Jahre 1918 ebenso wie im Jahre 1917 auf einen Grundpreis von 8 M. für den Zentner Frühkartoffeln und 5 M. für den Zentner Spätkartoffeln aufzubauen haben. Wie bisher werden, je nach der Ausbauperiode und bei Frühkartoffeln auch noch der Reiferungszeit, Zusätze festzusetzen sein, deren niedrige Ausgestaltung ebenso wie die Frage, ob und in welcher Höhe Schnelligkeits- und Anfuhrprämien zu gewähren sind, spätere Entscheidung vorbehalten bleiben muß.

Trotzdem auch von Fachleuten zugegebene werden möchte, daß der vorjährige Kartoffelpreis ein selbst unter Berücksichtigung der schwierigsten Zustände enorm höher war, soll er doch bestehen bleiben. Bescheiden bleiben werden auch die Zusätze, die dann heute schon mit ziemlicher Sicherheit vorausgesagt werden, um nur ja die Landwirte zufrieden zu stellen. Wie lange soll das noch so weiter gehen? Die Geduld des Volkes wird vielleicht auf eine sehr harte Probe gestellt.

Zur Lübecker und den Nachbargebieten.

Freitag, 18. Januar.

Die nimmermehrigen Unionisten.

Bisher wurde in der annexionistischen Presse die Auffassung vertreten, daß man sich neben der Angliederung Kurlands an Deutschland mit der Annexion der besetzten Teile Lettlands und Estlands „begnügen“ würde. Eine weitergehendere Forderung könnte auch schwerlich erhoben werden, da sie durch nichts begründet war. Nachdem aber durch das Auftreten des Generals Hoffmann in Kreis-Litomist und durch gewisse Vorgänge in Berlin die Annexionspläne wieder Übermesser erhalten haben, kommt ihnen der Appetit beim Essen. Sie haben plötzlich entdeckt, daß wichtige Teile Lettlands und Estlands in der russischen Hand verbleiben und dadurch die Gefahr einer Zerreißung des Baltikums besteht. Das darf natürlich nicht sein und deshalb fordert das Sprachrohr der hiesigen Annexionspläne, die „Lüb. Ang.“, die verkappte Union aus dieser Tatsache. Sie berufen sich dabei auf die Ausweitung eines lettischen Blattes und auf einen Artikel im „Tag“, die sich gegen eine Zerreißung der drei baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland wenden. Das lettische Organ meint, daß diese drei Gebiete zu einem Staat vereinigt werden müßten, der dann „mit Deutschland in ähnlichem Weise verbündet sein würde wie etwa das französische Vore mit Österreich-Ungarn“. Um die Annexionspläne etwas zu verschleiern, fordern die „Lüb. Ang.“ unter Berufung auf die maximalistischen Grundsätze von den Russen die Zurückziehung der regulären lettischen und estnischen Regimenter aus diesen Gebieten, „die eine freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts ermögliche“. Hier stellen sie also eine Forderung auf, die schwer bestempfen, als sie von den Russen bezüglich der von Deutschland besetzten Gebiete erhoben wurde. Dass sie sich mit diesen Forderungen selbst ins Gesicht schlagen, merken sie anscheinend garnicht.

Im übrigen erachtet man aus diesem Vorstoß wieder einmal mit doller Klarheit, daß es diesen Herrschäften gar nicht — wie sie immer behaupten — um die „nötigen Grenzsicherungen“ zu tun ist. Sie wollen annullieren und nochmals ansetzen. Das das entsetzliche Menschenmorden solcher wahninntigen Blöde wegen noch jahrelang fortgesetzt, daß blühende Menschenleben weiter helauhbenweise dahingeschlachtet und daß der hässliche Ausgang des Krieges sehr in Frage gestellt würde — das stimmt diese Herrschäften wenig. Sie führen ja als tapfere Heimtrüger hinterm warmen Ofen und verteilen am Stammtisch die Welt!

Die Präzesshaft hat im verflossenen Jahr 16 Sizungen abgehalten. Im Jahre 1916 betrug ihre Zahl nur 10. Außerdem heißt der Bürgerausschuß 31 Sizungen ab.

Um Steuerfreiheit der Teuerungszuflagen hatten die hiesigen Beamteneinheiten den Senat in einer Eingabe erachtet. Das

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 18. Januar. (Amtlich.)

Weißlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem größten Teil der Front war die Geschäftstätigkeit gering, lebhafter in der Gegend südwestlich von Cambrai. Bei kleineren Unternehmungen nördlich und nordöstlich von Proves wurden Gesangene eingebrochen.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Ersuchen ist abgelehnt worden. Der Senat meint darauf hin, daß im zusammenden Halle auch die Arbeiter und Angestellten die Steuerfreiheit der ihnen gewährten Teuerungszuflagen fordern würden. — Das ist durchaus richtig! Wir meinen allerdings, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn man alle Teuerungszuflagen von der Steuerleistung befreit hätte. Die Gründe, die dafür sprechen, überwiegen in ganz erheblichem Maße die dagegen sprechenden Erwägungen.

Kriegselternengeld.

Das Militärhinterbliebenengesetz sieht in § 22 die Gewährung eines Kriegselternengeldes vor, das beim Tode eines Kriegsteilnehmers an seine Verwandten aufliegender Linie bezeugt werden kann. In Frage kommen Eltern und Großeltern. Voraussetzung für die Gewährung des Kriegselternengeldes ist, daß der im Kriege verstorbenen vor seinem Eintritt in das Feldheer den Unterhalt seiner Angehörigen ganz oder überwiegend bestritten hat und daß bei ihnen Bedürftigkeit vorliegt. Unter dieser Voraussetzung kann auch die uneheliche Mutter für den gefallenen Sohn Kriegselternengeld erhalten, nicht aber der uneheliche Vater. Daß die Unterstützung in barem Geld erfolgte, ist nicht erforderlich, es genügt auch die Unterstützung durch Natural- oder Arbeitsleistung. Die Voraussetzungen des § 22 sind aber nicht erfüllt, wenn die Eltern gestorben sind, daß sie auf die Unterstützung durch den Sohn nicht angewiesen waren. Kriegselternengeld wird auch zu bestricken sein, wenn der gefallene Sohn das Geschäft der betagten Eltern geführt oder den kleinen Hof bewirtschaftet hat, aus dem die Eltern ihren Unterhalt gezogen haben. Die Bedürftigkeit der Eltern wird in der Regel schon dann anzunehmen sein, wenn sie aus Anlaß der Einziehung des Sohnes Familienunterstützung erhalten haben, die Lohnkraft der wohnstätlichen Unterstützung durch den gefallenen Sohn müssen sie beweisen, eventl. durch Auskunft des Herrn habe. Das Kriegselternengeld wird aber nur bewilligt für die Dauer der Bedürftigkeit. Sind mittlerweile andere Gebrüder herangewachsen, die die Eltern unterstützen können, jedoch eine dauernde Besserung ihrer Lage eingetreten ist, dann wird das Kriegselternengeld wieder entzogen. Die Höchstgrenze des Elternengeldes beträgt 450 M. pro Jahr, wenn der Gefallene Offizier war, 250 M. wenn der Gefallene dem Mannschaftsstand angehörte. Das Kriegselternengeld kann jedem Elternteil, also dem Vater und der Mutter bewilligt werden. Ueber die Höhe entscheidet die Militärverwaltung, in der Regel nach dem Vorfall des Gesetztes. Beim Tode mehrerer Söhne wird das Kriegselternengeld nicht etwa für jeden Sohn, sondern nur einmal vertheilt. Ein Vater und Sohn gleichzeitig eingezogen und der Sohn fällt, dann kann die Mutter Kriegselternengeld bekommen, wenn sie der Sohn, nach der Einziehung des Vaters überwiegend unterstellt hat. Ein Restanspruch auf das Kriegselternengeld besteht nicht. — Haben Eltern für den gefallenen Sohn besondere Zugaben zum Zwecke seiner Ausbildung gemacht, etwa durch den Verlust einer Fähre, in der Hoffnung, dadurch später an ihm eine Stütze zu haben, so kann ihnen zwar nicht Kriegselternengeld gewährt werden, wohl aber eine einmalige Beihilfe aus Karitas bis des Kriegsabschusses. Diese Beihilfe kann im höchsten Falle 500 M. betragen. Voraussetzung ist aber, daß die Rücksichtnahme dieser Beihilfe eine unbillige Sünde bedeuten würde.

Wachtpreise für den Einheitsstahl.

Wir entnehmen der „B. J. am Mittwoch“ folgende zutreffende Darlegungen: „Die neuen Einheitsstähle sind nun endlich in den Betrieb gebracht worden. Das ist mit der Zeit der eleganten Chausse“ vorläufig vorbei ist, daß wir vorläufig an einen sehr trocken, aber nichts weniger als schönen Fuß leben werden, damit hat man sich schon abgefunden. Über eine mehr als reinliche „ebettung“ bereiten die Verkaufspreise. Ein einfacher Laie, der nie als Schuh hergestellt hat, kann sich natürlich nicht annehmen, in die Geheimnisse heimtückischer Herstellungseintragen. Er weiß nur, daß man in Friedenszeiten und noch in den beiden ersten Kriegsjahren für 18 bis 20 M. die besten fertigen amerikanischen, für 14 bis 18 M. die besten fertigen englischen Schuhe bekam, höchstens fälschlich mit Doppelholzen oder gar Chevreurlack. Der neue Einheitsstahl dagegen, hergestellt aus Holz, Papier, Stoffabfällen und Gläsern, aus Material, das durchaus von der Heeresverwaltung zu gewiß niedrigsten Preisen zur Verfügung gestellt wird, soll in der einfachsten derben Ausführung für Erwachsene 17 bis 22 M., für Kinder 10,50 bis 13 M. kosten! Das sind die Minimalspreise, darunter steht es überhaupt keinen Schuh. Es ist, soweit man das bei Büchern sagen kann, auf der Hand liegend, daß dies unmöglichkreise sind. Sie sind nicht nur unerträglich für die armen Volksschichten, sondern vielleicht bei Nachweis der Mittellosigkeit und Bedürftigkeit auf andere Weise geholfen wird, sie sind auch noch völlig unerschwinglich für den kleinen Mittelstand und die Beamtenfamilien. Man zieht das nur einmal nach: Die Holzhölle hat nur eine Lebensdauer von vier bis fünf Wochen, ihre Erneuerung kostet jedesmal 1 M. Ein paar Kinderschuhe, Ansatzarmat dazu, kosten also Schuhe Irini 15 bis 20 M., und es ist weiterhin fraglich, ob dieser Schuhenteil nach sechs Monaten noch weiter brauchbar ist. Eine fünftausendfache Familie wird darum mit einem Schuhrechnungsbudget von mindestens 100 M. rechnen — wer kann sich das leisten? Der Haushalt der Bevölkerung mit einem Jahresinkommen von unter 4000 M. kann nicht. Im Ernst gezwungen: diese Preise sind völlig unverhältnismäßig und einer Revision durch die Behörden unbedingt bedürftig.“

Was wir jetzt essen.

Vor dem Verein für öffentliche Gesundheitspflege in Berlin zog Professor Kunnenack eine Auskunft aus der Einheit der Freiheit, die die Not des Krieges und der Schwäche der Feinde der Bevölkerung Deutschlands über den Osten gerichtet hat. Woher ist in diesem Kriegsraum nicht alles „Gut“ gekommen? Für Butter und Eier, für Öl und Milch für Mehl und Mehlzucker, für Fleisch und Brühe, für Kaffee und Käse, für Tee für Früchte und Würste, für Käse und Käse, ohne Käse und Käse! Den Ansatz der Ernährung und Stärkung haben die ins Feld gehenden Liebesabgaben bemächtigt. In den dekadenten Heimatgruppen der Soldatenwirtschaft schwindet in Deimatorten verhältnismäßig wenig. Wenig Ansatz fanden damals auch die aus Reichs- und Ländern hergestellten Produkte. Danach kam der Krieg der Ernährung. Fleisch wurde aus Kleintieren, Seelachs mit Süßwasser schwach gemacht. Fleischwaren wurden aus Fleischfleisch aus rohgebäcktem Gemüse hergestellt, wobei für die Fleischstückchen Kartoffelschüttchen zugiebt wurden. Der

neueste Zeit auf der Bildfläche erschienene Römersalz erstand aus Molten, Berliner Quart und Porzellan und gab sich als ungarische Römersalz aus. Öl wurde aus Paraffin gemacht und für Kartoffelfutter verwendet, bis infolge vielerlei Erfahrungen die Behörde einschritt. Gänselfest bereitete man aus Dachsfett, Dachsfett aus Schlemmekreide mit Backpulpa, Käse aus Schwarzwälder Fisch, Brotsuppe aus Strohmehl gekocht. In all diesem Wurzeli rok dem mancherlei, das wissenschaftlich verständig erscheine und sehr wohl beibehalten werden und deshalb die Not des Krieges überdauern dürfte. All diese Erfindungen sind vor allen Dingen für die Produzenten wissenswerte Gelegenheit, auf Kosten der Konsumenten enormen Gewinne zu erzielen.

Grabenbriefe.

Wie zu wenigen Stunden hat der Tag, besonders jetzt in diesen Kriegszeiten! Das merken namentlich die Frauen, die im Erwerbsleben stehen. Die wenigen Stunden, die Bureau- oder Werkstatt ihnen frei lassen, müssen ausgenutzt werden. Die Kinder sind zu versorgen, der Haushalt ruft, Einkäufe müssen gemacht werden, die eigene Person stellt höchstlich gleichfalls diese oder jene, wenn auch noch so bescheidene Anforderung. Verbreitete müssen eigentlich der Mensch seine Kraft, wollte er alledem einigermaßen gerecht werden. Aber es muß gehen. Und es geht auch. Und wenn dann das Tagewerk beendet ist und die Hände müde in den Schoß fallen wollen, ist noch eine kleine, liebe Pflicht zu erfüllen: der im Felde stehende Mann will vom Ergehen seiner Familie unterrichtet sein.

Wie unendlich viel gäbe es da zu schreiben! Doch wie müde und seidenbewohnt sind die abgearbeiteten Finger!

Kriegspostkartenbrief. Tinte und Federhalter haben nun schon seit Jahren ihren bestimmten Platz am Fenster. Die kurze Zeit muß ausgenutzt werden. Langes Besinnen und Nachdenken gibt es da nicht. Tapfer muß drauflosgeschrieben werden. Rechtschreibung und Intonation müssen mit dem fürliebnehmen, was die Schulbildung derselbe hierfür übrig hatte. So genau nimmt es ja der Mann auch nicht. Er kennt ja seine „Alte“; er sieht aufs Herz und nicht auf den Stil.

Und immer häufiger tritt die Feder über Papier. Flossen die Worte zuerst auch nur spärlich, nun quillt ein breiter Strom strudelnden Altagserlebens. Zeile reiht sich an Zeile, der Brief wird länger, als die Schreibermutter anfangs dachte. Wie unendlich viel hätte sie dem Entfernten zu sagen! Und wie unsagbar wenig kann man doch nur schreiben!

Und so wie die eine schreibt, schreiben unendlich viele. Ihre müden Finger werden bei der ungewohnten, färtlichen Arbeit wieder flink und hurtig. Kraft auch die Feder — das Herz jubelt!

Die große Stadt ist müde; sie will schlafen gehen; sie wartet nur noch auf die eifigen Briefschreiberinnen . . .

Abras von Sauerkraut. Die Kriegergesellschaft für Sauerkraut hat mit Genehmigung des Bevollmächtigten des Reichs-kanzlers im „Reichsanzeiger“ Nr. 12 vom 15. Januar 1918 die höchstmöglichen Abzugspreise für Sauerkraut der Einste 1917 bestimmt. Die Preise vertragen für den Abras durch den Konsulat 16 M., für den Abras durch die behördlichen Verkaufsstellen an den Kleinhandel 19,50 M. je Kettner und für den Abras durch den Kleinhandel an die Verbraucher 0,25 M. je Kett. Die behördlichen Verkäufe von Sauerkraut werden beginnen. Das wird es auch!

Gegen die Courths-Maler-Schule, die bedrohliche Normen annimmt, macht Hans Reimann in „Briebeleifisch“ folgenden Aufschrei:

Alles, was die Herren Rudolf Herzer, Rudolf Straß, Walter Bloem, Paul Oskar Höcker, Otto Ernst (Ernst?) und Konsorten in so hohem Maße bekleidet macht, findet sich in idealer Vereinheit bei Frau Hedwig Courths-Maler aus Sachsen.

Sie ist die Verfasserin „Sächsischer Original-Romanen“, Sammlung aus Werkenfels an der Saale, ist in Leipzig aufgewachsen, hat zwei blonde gewordene Töchter und verkehrt mit lauter gehig hochstehenden Menschen.

In den meisten Zeitungen Deutschlands und Österreichs findet man ihre Original-Romane abgedruckt. In Leipzig selbst werden sie seit Jahr und Tag dramatisiert und aufgeführt. Ihr neuestes Werk heißt „Schuld und Sühne“, obwohl die liebste Doktorin sich selbst erbrettet habe, den Titel vorwegzunehmen.

Von der Beliebtheit der Frau Courths-Maler macht sich der Name keinen Begriff. Die deutschen Hausfrauen gehen für sie in Not und Tod.

Lebe Zeile, die sie schreibt, ist Schund.

Feder ihrer Romane ist der typische, verlogene und erfunkene Schundroman.

Und weil nicht so sehr die Geschichte vom blutigen Dreieckstreit an der Kirchhofsmauer oder von der schrecklichen Hand im Dachloch unter Volk (vorübrig den Mittelstand) verstecken, so muss endlich einmal etwas Energetisches gegen die Verfasserin der Familiennovelle-Original-Romane unternommen werden.

Ich schlage folgendes vor: In Stelle der Klassiker sind die gesammelten Werke der Hedwig Courths-Maler obligatorisch in den Volksschulen einzuführen. Aufsätze sind zu schreiben und Porträts zu halten über Themen, die den Romanen der Hedwig entnommen werden. Die besten Schüler müssen aufwendig gelernt werden, der Jugend Deutschlands ist die gesamte Hedwig einzuführen.

Dadurch wird in jedem veranwaltenden Deutschland ein tiefer Widerstand gegen die Schundliteratur geschaffen werden, und zwar in demselben Umfang, wie er bis dahin gegen die Klassiker geübt wurde.

Auf den Mittelschulen könnten — zur Erweiterung des Lehrplans — die Werke Rudolf Herzer, Walter Bloem und Paul Oskar Höcker angekündigt werden, auf den Realschulen und Gymnasien hätte das gewohnteste Studium der durch eine Kommission ausgewählenden allerfinesten Literaten einzusezen. So wie der man als erreichster Mensch einen großen Bogen machen um alle Hedwigs (auch die männlichen) und die Goethe, Schiller, Lessing, Ueland und Glandius mit reinem Herzen genießen, ohne die Schauer der Schule in Herzen und Gehirn zu verprühen.

Kriegerküchen. Folge der ständig geöffneten Lebendmittelküche steht sich der Ausschluß für die Kriegsküchen genötigt, den Preis für eine Portion Abendkost von Montag, den 21. d. M. ab auf 30 Pf. zu erhöhen.

Können wir unser Goldschmied der Reichsbank leidweise überlassen? Man schreibt uns: Goldschmied begegnet man im Publikum der Auffassung, daß es genügen müsse, wenn es seine Goldschmiede der Reichsbank leidweise zur Verfügung stelle. Das ist nicht möglich. Einmal verlangt das Bankgesetz, daß die Untergabe für die umlaufenden Banknoten in Gold in der Form von Münzen oder Barren besteht, zum andern kann der Reichsbank ein Goldschmied, über den sie nicht jederzeit frei und endgültig verfügen darf, nichts wählen. Ein solcher Goldschmied wäre ein Scheinbehörde, der die ausgegebenen Noten nur zum Schein, aber nicht in Wahrheit befehlen würde. Endlich spricht de gegen auch noch ein praktisches Bedenken. Die leidliche Herstellung von Goldschmieden wird die Erforderung, daß sie in Räumlichkeiten aufbewahrt werden, die diebstahl- und feuersicher sind. Sie sind aber nicht zu beschaffen, denn die Tresore der Reichsbank und ebenso die der Reichsbankstellen sind überfüllt, und neue Werte können daher nicht aufgenommen werden.

Keine Vorauzahlung an unbekannte Firmen! Diese Menge wiederholt sich täglich. Trotzdem fallen noch immer leichtgläubige Personen auf die verlockenden Angebote der Schwindler herein. Es handelt sich durchweg um sehr begehrte Gegenstände des täglichen Bedarfs, die angepreist werden. Nicht selber heißt es in den Anzeigen, es sei nur ein beschränkter Vorrat vorhanden. Dann kam der Krieg der Ernährung. Fleisch wurde aus Kleintieren mit Gütesiegel schwach gemacht. Fleischwaren wurden aus Fleischfleisch hergestellt. Danach kam die Zeit der Ernährung. Fleisch wurde aus Kleintieren mit Gütesiegel schwach gemacht. Fleischwaren wurden aus Fleischfleisch hergestellt, wobei für die Fleischstückchen Kartoffelschüttchen zugiebt wurden. Der

Zur livländischen Frage.

Von Dr. Alexander Lipschütz, Riga.

Aus den Vorschlägen, die Deutschland auf der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk am 28. Dezember gemacht hat, geht hervor, daß Deutschland die Absicht hat, Kurland und Teile von Livland und Estland zu annexieren. Gegenüber den russischen Vorschlägen, die deutschen Truppen aus dem besetzten Kurland, Livland und Estland zurückzuziehen, damit das lettische Volk die Möglichkeit habe, über das zukünftige politische Schicksal des Landes zu entscheiden, stellt Deutschland sich auf den Standpunkt, daß der Weltwille in Kurland und Riga schon während der deutschen Okkupation zum Ausdruck gekommen sei.

Es ist für jeden denkenden Menschen klar, wie der „Weltwille“ in einem okkupierten Lande zum Ausdruck kommen kann. Der „Weltwille“ in Kurland ist auf dem „Landtag“ in Riga unter Vorfall eines kurländischen Adeligen zum Ausdruck gebracht worden. Dieses Kunstprodukt eines „Landtags“ hat sich für die Annexion Kurlands durch Deutschland ausgesprochen.

Man glaubt durch die Geschichte Liv-, Kur- und Estlands begründen zu können, daß diese drei Länder zu Deutschland gehören, daß ihre Annexion durch Deutschland nur die Vollendung ihrer organischen Entwicklung sei. Demgegenüber behauptet ich, daß die Annexion der drei baltischen Provinzen oder eines Teiles derselben eine gewaltsame Unterbrechung einer Jahrhundertelangen Entwicklung wäre gegen den Willen und gegen das Interesse einer hochzivilierten und zu nationalem Bewußtsein gelangten Bevölkerung.

Auf den ersten Blick scheint es mit dem Deutschtum der baltischen Provinzen — oder Livlands in weiterem Sinne — sehr klar zu stehen. Livland ist die erste deutsche überseitliche Kolonie, von deutschen Rittern gegründet. Ein deutscher Ritter, der nach Livland zog, folgte der Kaufmann und es folgte ihm der Handwerker, die Städtebauer. Nicht aber der deutsche Landmann — und das war, vom deutschnationalen Standpunkt aus betrachtet, das Verhältnis. Die kolonierende deutsche Oberschicht war natürlich sehr darauf bedacht, eine unverrückbare soziale Grenze zwischen dem freien „Herr“ und dem unfreien „Knecht“ aufrechtzuhalten. Dieser Gegensatz aber wurde hier zum Gegenstand zwischen den Deutschen und dem lettisch-estnischen Volke; der soziale Gegensatz trat hier nochmals friedlich hinzukommen. Wie die 7 Prozent Tessiner Italiener ihr Recht gegenüber den 70 Prozent deutschsprachigen Schwäbischen finden, so werden es auch die 7 Prozent deutscher Livländer gegenüber den 85 Prozent Letten und Esten in der livländischen Demokratie finden. Eine Demokratie kann nicht die Rechte irgendeiner Gruppe schmälern, wenn sie nicht den All abläßt will, auf dem sie sitzt.

Die Hoffnungen der lettischen und estnischen Demokratie hingen sich durch die russische Revolution erfüllt. Früher, als der zaristische Russland noch bestand, konnte man fragen, ob es nicht das Richtige wäre, eine Trennung der baltischen Kronen von Russland und ihre Umwandlung in einen lettisch-estnischen Pufferstaat zu streben. Tats, wo die russische Revolution mit allen politischen Veränderungen des Standes und des Besitzes aufgerückt hat, hat sie auch in Livland mit dem Deutschtum außerordentlich.

Aus der objektiven Tatsache, daß der deutsche Ritter und der freie deutsche Städter in Alt-Livland einem unfreien Bauer an der einen, damals auch weniger kultivierten Stammes gegenüberstanden, erwuchs ein bedeutungsvolles Subjektives Moment: der Mangel eines national-livländischen Empfindens bei den herrschenden deutschen Oberhaupten in Livland. Im Parousie des sonnen Mittelalters waren in Livland diese konträren antinationalen Kräfte wirksam wie in Deutschland: Ritter, Orden, Feindseligkeit und Städte bekämpften einander. Ein allgemeines Chaos von sich widerstreitenden sozialen Elementen, ohne jede nationale Richtlinie, ohne jede nationale Konserven. Das alles galt auch für Deutschland. Aber für Livland kam eben

ein subjektive Moment hinzu, das die antinationalen Kräfte in noch stärkeren Maße entfesselte. Und da das Sonderinteresse der baltischen Ritterschaft stets ausschlaggebend war, schaute der feudale Adel mit allen mächtigen livländischen sozialen Schichten, sobald das dem feudalen Sonderinteresse irgendwie entsprach. Der baltische Adel ließerte Russland bis in die jüngste Zeit die reaktionärsten Staatsmänner. Wer Livland kennt, wird leider zugeben müssen, daß die geistige Atmosphäre der livländischen Deutschen von einem geradezu schauderhaften russischen Byzantinismus erfüllt ist.

Es zieht sich durch die livländische Geschichte wie ein roter Faden eine nationale Selbstverleugnung zugunsten des feudalen Sonderinteresses. Noch in der jüngsten Zeit hat der baltische Adel das national-livländische Interesse verengnet, indem er sich während der Revolution von 1905 die ein Kampf der lettisch-estnischen Demokratie gegen die deutsche oligarchische Aristokratie war, mit der reaktionären russischen Regierung gegen das Land verbündete.

Indem der baltische Adel es nicht erreicht hatte, daß das Volk sprachlich mit der Oberschicht verschmolz, indem er ferner aus diesem Unvermögen Kapital zugunsten seiner Sonderinteressen schlug und die Interessen einer livländischen Nation stets verleugnete, hat er die oben schon geschilderte Situation herausbeschworen: das Erwachen einer lettisch-estnischen Nation kann nur das Erwachen einer lettisch-estnischen Nation sein. Die Entfernung der feudalen und großbürglerlichen Oberherrschaft von der ausschließlichen Verwaltung des Landes, die das Ziel der Demokratie ist, konnte im gegebenen Fall nur die Entfernung Deutschlands sein. Die lettisch-estnische Demokratie ist die nationale Vollendung der Jahrhundertelangen livländischen Geschichte. Die Annexion Livlands durch Deutschland wäre dagegen eine gewaltsame Unterbrechung dieser Geschichte.

Jeder der 160 000 Deutschen in Livland ist ein Glied der nationalen livländischen Gemeinschaft, und jeder von ihnen hat das Recht, die Vorteile zu genießen, die ihm aus seinen persönlichen Eigenschaften im sozialen Leben einer Demokratie erwachsen können. Die Konstituierung einer freien lettisch-estnischen Demokratie bedeutet nicht die Unterdrückung der deutschen Livländer, sondern die Anerkennung der Rechte der feudalen Herren und der Großbourgeoisie.

Wir haben das herrliche Beispiel der demokratischen Schweiz vor Augen, in der Deutsche, Franzosen und Tessiner friedlich hinzukommen leben. Wie die 7 Prozent Tessiner Italiener ihr Recht gegenüber den 70 Prozent deutschsprachigen Schwäbischen finden, so werden es auch die 7 Prozent deutscher Livländer gegenüber den 85 Prozent Letten und Esten in der livländischen Demokratie finden. Eine Demokratie kann nicht die Rechte irgendeiner Gruppe schmälern, wenn sie nicht den All abläßt will, auf dem sie sitzt.

Die Hoffnungen der lettischen und estnischen Demokratie hingen sich durch die russische Revolution erfüllt. Früher, als der zaristische Russland noch bestand, konnte man fragen, ob es nicht das Richtige wäre, eine Trennung der baltischen Kronen von Russland und ihre Umwandlung in einen lettisch-estnischen Pufferstaat zu streben. Tats, wo die Revolution den Zarismus hinweggeräumt hat, kann einer Lösnahme der Frage im Sinne eines Pufferstaates keine Rolle mehr spielen. Es liegt im Interesse sowohl der lettisch-estnischen Demokratie, daß Liv-, Kur- und Estland bei Russland bleiben.

Die jüngste russische Demokratie will mit dem deutschen Kaiser in dauerndem Frieden leben. Aber dieser dauernde Friede wird nur möglich sein, wenn das offizielle Deutschland darauf verzichtet wird, Russland um eine seiner wichtigsten Güter zu besiegen, d. h. um die baltischen Provinzen zu drücken. Die Annexion dieser Provinzen wäre nur die Einleitung zu weiteren Kriegen.

Auch die kleine lettisch-estnische Demokratie wünscht den Frieden, um alle ihre Kraft dem Wiederaufbau ihres Landes, dem Herzen ihres nationalen Lebens widmen zu können. Jeder Deutsch-Livländer, der im Rahmen der lettisch-

estnischen Demokratie seine Kräfte dem engeren Vaterlande leihen will, wird willkommen sein. . . . Aber jetzt ist Riga nicht frei. Riga ist so wenig deutsch, wie Zürich und Schaffhausen deutsch sind; und Riga ist so wenig „franken“ wie Zürich und Schaffhausen es waren, wenn dort nicht die alten östlichen Demokratie, sondern deutsche Truppen die Macht in der Hand hätten.

Wir haben vorliegenden Artikel des Genossen Lipschütz, der augenscheinlich als Privatdozent an der Berner Universität wirkt, dem „Vorwärts“ entnommen. Der Genosse Lipschütz aus dem Grunde zur Abgabe eines Urteils berechtigt, weil er ehemals Mitglied des sozialdemokratischen Komitees für Kurland und Livland war. Der „Vorwärts“ bemerkt mit Recht zu der Wiedergabe des Artikels: „Von der Auffassung ausgehend, daß die Bewohner des besetzten Gebietes völlig frei über ihr Schicksal entscheiden sollen, würden wir die Unterdrückung dieser beachtlichen Stimme für unschuldhaft halten.“

Vom inneren Feind.

Das Bezirksamt Altona lagt folgendermaßen über die „jeder Gerechtigkeit höhstprechenden Zustände“ in der Milch- und Butterverarbeitung: Die Verbraucher können innerhalb des Bezirks nicht die ihm zustehende Fettration erhalten — die Lieferungen sind so schlecht, daß die kommunale Versorgung überhaupt in Frage gestellt ist. Ein Bruchteil der Landwirte liefern auch heute noch gut. Viele wollen sich jedoch der Sammelentziehung nicht jagen und haben keine Einsicht dafür, welche ungeheuren Schaden sie damit anrichten. Die täglichen Sammelingänge beweisen, in welch großen Mengen jetzt auf den Wegen des Geschäftshandels abwandert. Mit einem Schlag könnten beschädigende Verhältnisse geöffnet werden, wenn die Landwirte die Fettprodukte ihrer Wirtschaft direkt oder durch den Karrer an die Sammellestellen liefern würden. Es ist erstaunlich, daß die Landwirte am schlechtesten absieben, die am meisten über die Großbetriebe löschen. Während sie schlauen, verkaufen sie ihre Produkte über den Höchstpreis eben an diese Großbetriebe und helfen redlich dazu, daß es ihnen noch besser geht. Niemand bedauert mehr als das Bezirksamt, daß fortwährend mit Gendarmerie und Kontrollen gearbeitet werden muß. Zusammen von Arbeit und Verdieglichkeit wären erpart, wenn in jedem Bauernhause der gute Wille einzkehren würde.“

„Bom Arbeit zum Großkaufmann und Heeresliegeranten“ brachte es der 85-jährige Karl Leibnitz aus Hannover, der zusammen mit dem Mühlensitzer Albrecht Becker aus Thale, dem Kaufmann Heinrich Schub (Hamburg) und dem Gastricht Gottfried Dingelstadt (Hamburg) wegen allseitiger Kriegsvergehen, Kriegswuchers, Betruges usw. vor der Strafkammer in Halberstadt zu verantworten hatte. Die Verhandlung ergab ein Musterbeispiel für Kettenhandel. Becker half in Thale aus Lass. Heidekratt usw. eine Art „Guttermittel“ hergestellt, das unzweckmäßig die Bezugsvereinigung deutlicher Landwirte nicht übernehmen haben sollte. Dingelstadt, der davon hörte, bot dem Müller 25 M. für den Zettner dieses Guttermittels. Becker verkauft ihm 200 Zettner zum Preise von 12 M. für den Zettner. Dingelstadt gab das Produkt an Becker, der früher Arbeiter in Holzweizig war, als Steuermehl für 145 M. für den Zettner ab. Das ursprünglich für die Krieger-Ernährung bestimmte Produkt sollte jetzt den in dieser Kriegszeit schon nicht mehr verwöhnten menschlichen Magen beglüten, indem Leibnitz es mit Hilfe des Saatzug an eine Hamburger Firma als Suppenmittel für 185 M. den Zettner verkaufte. Wein jezt wurde Leibnitz angehalten. Das Gericht verurteilte Becker, der durch Käffner aus dem Gefängnis die Beute zum Meineid zu verleiten gehabt hatte, zu 14 000 M. Geldstrafe, 5 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Chorherlass, Schub zu 27 000 M. Geldstrafe, 8 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Chorherlass, Dingelstadt zu 350 M. Geldstrafe, 2 Monaten Gefängnis, Leibnitz zu 36 000 M. Geldstrafe und 3 Monaten Gefängnis.

Der Obermeister der Köln-Mülheimer Schweinemesser-Industrie, Hermann Kellner, Mitglied des Aufsichtsrats der Bezug- und Verwertungsgegenstände der Kölnner Schweinemesser-Industrie, bekleidete einen Vertrauensposten an der Menge beim Dampfen des Fleisches. Durch einen Lachsling wurde bekannt, daß

Handel und Wandel.

Von F. W. Hackländer.

Der Beruf.

In den für mich so denkwürdigen Tagen, wo ich Schulbank und Spieltisch verlassen mußte, um als Kind in die Kette einzutreten, an der unter dem Namen Geschäftsleben die ganze Welt hing und vergebens nach der verlorenen Freiheit ringt, in jener Zeit war noch viel weniger als jetzt von einer Kunst die Rede, in der man es freilich bis auf diesen Tag noch nicht weit gebracht hat. Ich meine die Kunst, den Kopf eines Menschen mit einigen gewandten Griffen zu betasten und ihm genau zu sagen, welche Anlagen er besitzt, welche Fähigkeiten er auszubilden hat und welches Geschäft er ergreifen muß, damit er später nicht gleich so vielen, über verfehlten Beruf zu klagen haben möge. Ware es aber auch damals möglich gewesen, mir nach den Aussichten meines Kopfes genau zu sagen, wozu ich bestimmt sei, so hätten es mir doch die Verhältnisse nicht erlaubt, ein anderes Geschäft zu ergreifen, als wo zu mich die Vorsehung und einiger Goldmangel bestimmt hatten.

Ich hatte keine Eltern mehr und befand mich im Hause und unter der Aufsicht einer Tante, die Witwe war und einen kleinen Laden führte, wo ich ihr in meinen Freizeitstunden hilfreiche Hand leistete. Ich fertigte ausgezeichnete Papierstiften und hatte es schon so weit gebracht, daß ich ein Pfund Zigarren oder Koffee abweigen konnte; als die Zeit heran kam, wo ich ins Leben treten sollte.

Meine Großmutter hatte damals ihre Wohnung im Hause meiner Tante ausgeschlagen. Es war eine gute alte Frau, mit der ich aber nie im besten Einverständnis lebte. Noch lebt ich sie auf ihrem großen gepolsterten Lehnsstuhl sitzen, auf einem Kissen von gestreiftem Kattunzeug, das sie alle Sonnabend zu einer bestimmten Stunde mit einem frischen Überzug verseh. Neben ihr auf dem Tische lagen mehrere Sammlungen alter Predigten, die sie Gott weiß wie oft schon durchgelesen hatte. Auf dem obersten dieser Bücher lag eine silberne Brille, die sie beim Lesen gebrandete. Ihr Anzug stammte aus der Zeit ihrer Jugend und wurde zum Teil aus einer kleinen Etuihülle beibehalten; sie behauptete, die jetzigen Trachten seien geschmacklos und hässlich, und wenn sie auf dieses Kapitel zu sprechen kam und gut gelangt war, vertrautete sie mir oftmals, was für ein schönes Mädchen sie gewesen sei und welches Aussehen sie in ihren damaligen Kleidern gemacht.

Wie gefragt, stand ich mit der Großmutter nicht immer auf dem besten Fuß. Ihr war der Kärm und der Soekkel, den ich

oft im Hause anstößte, unverträglich: hauptsächlich konnte sie nicht leiden, wenn ich mich mit Knaben meines Alters auf Straßen und Feldern umhertrieb, und dies trug mir oft gewaltsige Strafpredigten ein, die sie mir mit einer Reihe von Sprichwörtern hieß. Ich war damals ein junger Mensch von schwärmigstem Körperbau, kleiner als alle Knaben meines Alters, und hatte ein blaßes, eingefallenes Gesicht, kurz, ein ganz erbärmliches Aussehen, was meiner Großmutter ein Dorn im Auge war. Sie behauptete, das komme von meinem immerwährenden Springen und Klettern und weil ich ohne Mühe im Regen herumlaufe und es mir eine wahre Freude sei, rosige Füße zu haben. Sie hatte mir den Namen „Schattenkopf“ gegeben und jammerte viel darüber, daß sie einen so schlecht aussehenden Enkel habe. „Ah,“ sagte sie, „es steht wohl geschrieben: an ihren Kindern sollt ihr sie erkennen, aber meine Tochter, die Quise deine Mutter, Gott habe sie festig!, das war, wie ich eine schöne, starke Frau, und du kommt mir nicht anders vor, als wie Spreu unter dem Weizen.“

So lebte ich nach der Konfirmation noch ein halbes Jahr bei der Tante, und es war mitten im Winter an einem Sonntagnachmittag, als im Zimmer meiner Großmutter ein Familienträger erschien, um zu beschließen, was eigentlich aus mir werden sollte. Meine Großmutter, der ich am selben Morgen eine ihrer schönsten Tassen zerbrochen hatte, meinte zwar, es sei vorauszusehen, daß aus mir ein Kaufmann werde; doch müsse man das Seinige tun, damit man keine Hände in Unschuld waschen könne. Ich war an diesem Tage in der trübsten Stimmung von der Welt. Draußen waren Bäume und Teiche zugeschoren und meine Kameraden trieben sich dort herum. Auch ich war mit einem sauer gesetzter Gesichtsausdruck gegangen, mußte aber unverträglicher Sache wieder heimkehren; in der vergangenen Nacht war tiefer Schnee gefallen, alle Teiche bis auf einen waren damit bedeckt, und bei diesen einzigen standen einige Männer, die ihn vom Schnee gereinigt hatten und für diese Dienstleistung von jedem zwei Pfennig forderten, eine Summe, die ich in meinen damaligen Verhältnissen nicht erzwingen konnte. Mischnutz lehrte ich nach Hause zurück und nahm mir jetzt vor, jetzt bald etwas Tüchtiges zu lernen, damit ich mir mein eigen Geld verdienen könnte.

So trat ich in das Zimmer meiner Großmutter, wo ich denn bald zu meiner großen Verwunderung hörte, daß man sich eifrig mit meinem Schuh bedrückte. Außer der Tante, bei der ich wohnte, war eine ihrer Schwestern zum Besuch gekommen, und auf dem Tische lag ein Brief meines Vormundes, in dem dieser seinen Willen in betreff meiner schriftlich fundat, so daß ein vollständiger Familienplan beabsichtigt war. Ein anderes stimmgünstigendes Mitglied bei dieser Verhandlung war eine gute alte Person, die in meinem väterlichen Hause Wirtschafterin gewesen war und mich

lehrte verträglichkeit hatte. Sie trug noch beständig eine große Linse zu mir, und wenn sie mich irgendwo auf der Straße oder sonstwo erwiderte, brach sie in Tränen aus und jammerte über meinen kleinen Vetter, daß er so früh gestorben und ich dadurch ihrer trefflichen Leitung entzogen worden sei. Auch jetzt hatte ich mich in dem Zimmer blöken lassen und Blasen hinter dem Ohr genommen, als sie mich wegmüsig anfaßte, Nase und Mund beständig verzog und ihr Schnäuzchen herostreckte, um einige herabrollende Tränen abzutrocknen.

Meine Großmutter, die viel seßlicher Natur war, sorgte ihr dagegen verhindert: „Weinen Sie doch nicht, Junger Schmidin; den Jungen wird nichts Leides geschehen: Unfrucht verdächtigt nicht.“ „Ah,“ schluchzte die Schmidin dagegen, „wenn doch der heilige Herr noch lebt! da müßte der Junge studieren und ein Pfarrer werden, wie der heilige Grogoater. So hat der heilige Herr immer geklagt. Aber jetzt soll er in dem Laden stehen und Kaufmann werden! Gott, er soll Kaufmann werden!“ Obgleich meine beiden Tanten, so lieb sie mich hatten, über mein läuniges Schicksal nicht so sehr beunruhigt waren, mochte dieser Augenblick doch auch ihnen wichtig genug vorkommen, um ihm eine Stille Jahre zu gewähren; sie hielten zu gleicher Zeit ihre Schnüffelsticker fern und brachten selbst meine Großmutter in Bewegung, die das übrig ebenfalls unter ihrem gestreiften Ärmelchen herostreckte. Man wird mir verzeihen, daß ich im selben Augenblick desselben tat. Ich die verdorbene Schnüffelsticker und dann die Ungewissheit des Sohnes, das über mich geworfen wurde, lösten mein Herz in Weinen auf; bzw. kam das Heulen der Schmidin und die Tränen meiner Tanten, und ehe ich's mir versah, rollten mit einem großen Tränen über die Wangen auf den heißen Ohrn, der sie sich verzehrte.

Meine Großmutter war die erste, die aus diesem Meer von Tränen und Seufzern wieder als festes Land austauchte; sie nahm eine Brille, legte die Brille auf und ermahnte mich, ihr mit großer Aufmerksamkeit aller Art gelüstet wird und in welcher Weise von guten Lehren und Ermahnmungen darauf zu sprechen kam, daß der Mensch neben dem allgemeinen Beruf, sich zum Himmel heranzubilden, auch noch die Pflicht habe, sich einem speziellen Beruf zu ergeben, nur doch er sein tägliches Brod verdient.“ „Die Wahl eines Berufes hat dir Gott der Herr nicht schwer gemacht,“ fuhr sie fort; „dein aus Mangel an einer gewissen Kenntnis, die man Geld nennt, ist dir nur der Handelsstand gebildet, unter dessen verschiedenen Zweigen du aber wählen kannst, welcher am meisten nach deinem Geschmack ist.“ „Ja, nahm meine älteste Tante das Wort, „du kannst dich in dem Beruf entscheiden, wofür du den meisten Beruf hast.“

